

Der Holzarbeiter

Organ des Zentralverbandes christlicher Holzarbeiter Deutschlands.

Der „Holzarbeiter“ erscheint jeden Freitag und wird den Mitgliedern gratis zugestellt. — Für Nichtmitglieder ist der „Holzarbeiter“ nur durch die Post zum Preise von 1,50 Mk. pro Quartal zu beziehen. — Inseratannahme nur gegen Vorauszahlung. — Geldsendungen nur: Postcheckkonto 7718 Köln.

Köln, den 24. Februar 1911.

Insertionspreis für die viersp. Zeile 30 Pfg. Stelleangebote und -Angebote, sowie Anzeigen der Zahlstellen kosten die Hälfte. Redaktion und Expedition befinden sich Köln, Palmstraße 14. Telefonruf 11246. — Redaktionschluss ist Dienstag Mittag.

12. Jahrg.

Unsere Tarifbewegung 1911.

In der Entwicklung der Tarifverträge zum Reichstarif stehen nicht alle Gewerbe mit vorgeschrittener Tarifpraxis gleicher Reihe. Während im Schneider- und Malergewerbe bereits ein Reichstarif besteht und die meisten der im Gewerbe abgeschlossenen Verträge den gleichen Ablaufstermin haben, ist der Stand der Dinge in unserem Verufe wesentlich anderer. Die im Holzgewerbe mit dem Arbeiter-Schutzverbände für das deutsche Holzgewerbe, als der bedeutendsten Arbeitgeberorganisation in der Holzindustrie abgeschlossenen Verträge, sind Einzelverträge, die nur serienweise gleichen Ablaufstermin haben. Die Praxis, einer Anzahl Verträgen den gleichen Ablaufstermin zu geben, hat sich dem Jahre 1907 herausgebildet, als die Lohnbewegungen Kämpfe in einer Reihe Städte zu gemeinsamen Verhandlungen führten. Seitdem haben wir immer um die Zeit der Preisbewegungen unsere große, oder besser gesagt, eine große Tarifbewegung. Die abgeschlossenen Tarifverträge sind in drei Gruppen zusammengefasst, wovon die zuletzt vereinbarte ihren Lauf im Februar 1914 haben soll, vorausgesetzt, daß die Verträge nicht stillschweigend verlängert werden.

Bisher war es stets der Arbeitgeber-Schutzverband, der Arbeiterorganisationen die zusammenlaufenden Tarifverträge kündigte. Im vorigen Jahre trat indes das Gegenteil ein; diesmal kündigten die Arbeiterorganisationen die Verträge. Es waren 25 Verträge, deren Ablaufstermin auf den 11. Februar 1911 gesetzt war, die, entsprechend den gegebenen Abmachungen, ein Vierteljahr vorher, am 11. November 1910 zur Kündigung gelangten. Es sind an diesen Verträgen ca. 17 000 Holzarbeiter beteiligt. Der Zentralverband christlicher Holzarbeiter kommt mit Mitgliedern in 16 Vertragsorte in Betracht.

Wie in früheren Jahren, so haben auch diesmal die Zentral-Vorstände der beteiligten Arbeitgeber- und Arbeiterorganisationen nach der ausgesprochenen Kündigung Verhandlungen über die Lage im Gewerbe gepflogen. Von vornherein stellten sich die Zentralvorstände auf den Standpunkt, daß der Ablaufstermin der Verträge, die Arbeitszeit und das Vertragskennzeichen zentral zu regeln versucht werden müsse. Auf Grundlagedieser gemeinsamen Anschauung haben dann die Zentralvorstände an mehreren Tagen verhandelt. Mit dem 28. Dezember v. J. waren die Verhandlungen weit gediehen, daß ein Vertragskennzeichen zustande kam, das bei den örtlichen Verhandlungen der Parteien als Unterlage dienen konnte. Den beteiligten Zahlstellen unseres Verbandes ist das Vertragskennzeichen alsbald zugestellt worden. Was ganz neues ist mit diesem allerdings nicht geschaffen. Für die im Holzgewerbe des Ruhrreviers abgeschlossenen Verträge wurde schon im Jahre 1909 ein solches ausgearbeitet. In der Zeit vom 3. bis 6. Februar tagten die Zentralvorstände erneut. Sie einigten sich zunächst dahin, daß alle gekündigten Verträge bis zum 1. März zu verlängern seien. Den örtlichen Parteien wurde Anweisung gegeben, sofort in Verhandlungen einzutreten und diese so zu beschleunigen, daß sie bis zum 15. Februar abgeschlossen wären. Langwierig gestalteten sich die Verhandlungen über den Ablaufstermin der neu zu tätigen Verträge. Die Arbeiterorganisationen plaidierten für eine vierjährige Vertragsdauer. Damit waren die Arbeitgeber einverstanden, jedoch nur unter der Voraussetzung, daß dann die im Jahre 1914 ablaufenden Verträge um ein Jahr verlängert würden. Sie waren bereit, als Äquivalent den Arbeitern der hierbei in Frage kommenden Vertragsorte eine Lohnzulage von 1 Pfg. pro Stunde zu geben. Nachdem an den sich ergebenden Differenzpunkten die Verhandlungen bald gescheitert wären, wurde schließlich folgender Ausweg gefunden: „Der Ablaufstermin, der jetzt zur Verhandlung stehenden Verträge wird auf den 15. Februar 1915 festgesetzt, unter der Voraussetzung, daß bei den zukünftigen Vertragskündigungen und Vertragserneuerungen eine weitere Vereinheitlichung des Inhalts und des Ablaufstermins der Verträge entsprechend der industriellen und geographischen Lage der Vertragsorte anzustreben ist.“ Die Frage des Ablaufstermins ist damit für die diesjährige große Tarifbewegung erledigt. Der Vereinheitlichung des Inhalts und des Ablaufstermins der Verträge für Städte, die wirtschaftlich oder geographisch gemeinsame Interessen haben, konnte unbedenklich zugestimmt werden. Unsererseits ist das früher schon bei den Verträgen im Ruhrrevier geschehen. Ueber die Frage der Arbeitszeit gelang eine Einigung zwischen den Zentralvorständen nicht. Die Regelung dieser Angelegenheit wurde den örtlichen Verhandlungen überlassen.

Die örtlichen Verhandlungen, die inzwischen stattgefunden haben, dürften die Zentralvorstände kaum befriedigen, wenn in keiner Stadt hat eine Einigung über alle Fragen erzielt werden können. Worüber man sich hier und da einig wurde, das sind Dinge, die nur eine untergeordnete Be-

deutung haben. Lohn und Arbeitszeit sind in keinem Falle geregelt worden. In Aachen lehnen die Arbeitgeber insbesondere die Lohnnormierung, den Durchschnittslohn ab. Ohne solchen wird aber kaum an eine Erneuerung des Vertragsverhältnisses zu denken sein. Dasselbe ist von Breslau zu melden. Auch befriedigen die zugesagten Lohnerhöhungen in beiden Städten, die bisher hinsichtlich der Lohnverhältnisse ziemlich zurückstehen, nicht.

Es hat sich aber auch gezeigt, daß die Arbeitgeber verschiedenenorts sich an die von den Zentralvorständen getroffenen Vereinbarungen nicht halten. Wenn z. B. die Tarife bis zum 1. März verlängert werden, ist es ungenügend, wenn ein Arbeitgeber in Breslau seine Arbeiter „aussetzen“ läßt. Das ist, wenn genügend Aufträge vorliegen, nichts weiter, als eine vorzeitige Aussperrung. In Siegen ist's ebenso. Hier haben die Arbeitgeber ihren beschäftigten Leuten bereits am 4. Februar gekündigt. Am 18. Februar sind sie trotz der Abmachungen ausgesperrt worden. In Kellheim i. L. ist unseren Kollegen am 18. Februar ebenfalls gekündigt worden. Es scheint demnach, als sei in den Kreisen der Arbeitgeber starke Kampfeslust vorhanden.

Wie die Dinge sich entwickeln werden, ist noch sehr ungewiß. Selbst wenn die Leitung des Arbeitgeber-Schutzverbandes vom besten Friedenswillen bestritten ist, kann der Fall eintreten, daß man ihr an den einzelnen Orten die Gefolgschaft verliert. Wir haben im Vorjahre ja bereits interessante Dinge erlebt. Unsere Kollegen dürfen sich deshalb auch nicht in Sicherheit wiegen. Sie müssen sich vielmehr auf allerlei Eventualitäten gefaßt machen. Abzuwarten bleibt zunächst, was die Zentralvorstände-Konferenz, die auf Mittwoch den 22. Februar nach Berlin anberaumt ist, bringen wird.

Fragen der Wirtschafts- und Zollpolitik.

Nicht lange mehr wird es dauern, und die Zolldebatten werden im deutschen Volke einziehen. Mit Leidenschaftlichkeit werden die Fragen erörtert werden, ob für das deutsche Volk und die deutschen Arbeiter der Schutz Zoll angedacht ist oder der Freihandel, ob unter dem Schutz Zollsystem dieser oder jener Erwerbsgruppe ein größerer Schutz ihrer Erzeugnisse gegen die ausländische Zufuhr zugesichert werden soll. Die christliche Gewerkschaftsbewegung wird und kann sich nicht in die Kämpfe um die Gestaltung der Zolltarife einmischen, da ihr Aufgabengebiet hier nicht zu suchen ist. Sie überläßt aber den einzelnen angeschlossenen Verbänden, sich mit den Spezial-Zollfragen zu beschäftigen, die den Beruf der in Betracht kommenden Mitglieder betreffen. Andere als diese Fragen scheiden völlig aus, besonders aber die Frage der Verzollung der Lebensmittel. Das Interesse, das die Arbeiterschaft an letztgenannter Frage hat, muß in anderen, geeigneteren Organisationen, den politischen Parteien, zum Ausdruck gebracht werden.

Das heute in Deutschland geltende System des Schutzzollens hat sich, wie die deutsche Wirtschaftsentwicklung bekundet, durchaus bewährt. Unter den christlichen Gewerkschaftlern besteht deshalb auch wohl keine Meinungsverschiedenheit über die Frage, ob für das deutsche Volk der Freihandel oder der Schutz Zoll zweckmäßiger ist. Der Schutz der nationalen Arbeit hat in Deutschland dazu geführt, daß die Produktionskraft und die Produktionsmenge in einem Maße gestiegen ist, wie in keinem anderen Lande. Der Auslandsabsatz hat sich vermehrt und der Bedarf des Inlandsmarktes ist gewachsen. Drei bis vier Fünftel der gesamten deutschen Produktion beansprucht der Inlandsmarkt für sich. Der Inlandsabsatz vermehrte sich noch stärker als der deutsche Außenhandel. Von großer Wichtigkeit ist die Tatsache, daß durch das Wachsen des Inlandsmarktes ein sicheres Ausreiten des deutschen Handels auf dem Weltmarkt gewährleistet wird. Unter dem Schutz Zollsystem war es Deutschland möglich, die Bevölkerungszunahme in steigendem Maße selbst aufzunehmen und zwar zu besseren Bedingungen als in früheren Zeiten. Die deutsche Auswanderung ist seit der Herrschaft des Schutz Zollsystems ganz bedeutend zurückgegangen, was nicht der Fall gewesen wäre, hätten sich in anderen Ländern wesentlich bessere Existenzbedingungen geboten. Den gewaltigen Aufschwung der deutschen Volkswirtschaft kennzeichnen dann aber auch noch die Verhältnisse auf dem Kapitalmarkt. Als sich die deutsche Industrie entwickelte, war sie auf fremdländische Kapitalien angewiesen. Nach und nach gelang es, diese abzuschließen. Heute ist Deutschland in der Lage, Geld an andere Länder zu verleihen, wie die Anlage deutschen Geldes in ausländischen Schuldscheinen bewiesen hat.

Trotz der nicht ungünstigen Entwicklung der deutschen Volkswirtschaft unter dem Schutz Zollsystem gibt es auch in Deutschland Leute, die grundsätzlich gegen dieses System sind und für den Freihandel eintreten. In sozialdemokratischen Kreisen ist die Anhängerenschaft des Freihandels besonders

stark. Das nicht etwa, weil man vom Freihandel für den deutschen Arbeiter mehr erhofft als vom Schutz Zollsystem, sondern weil man prinzipiell gegen alles ist, was eben besteht. „Sitzt der Freihandel auf dem Regierungsscharten, wird gegen den Freihandel gehegt; sitzt der Schutz Zoll auf dem Regierungsscharten, wird gegen den Schutz Zoll gehegt.“ Die Hauptsache ist, daß überhaupt gehegt wird. Das ist sozialdemokratische Art.

Die Freihandelsidee, eine Markt der Freihandelsidee, ist ein Weltideal, das darin gipfelt, die ganze Welt als einheitliches Ganzes aufzufassen. Die Anhänger des Freihandels gehen deshalb nicht von dem Gedanken aus, die mögliche Vielheit in die Produktion eines Landes zu bringen. Sie wollen eine Arbeitsteilung zwischen den verschiedensten Gebieten der Erde. Je nach Klima, Boden, Bildung des Volkes u. s. w. soll die besonders geeignete Produktion betrieben werden. Jeder Ort der Welt soll das produzieren, was dort am besten herzustellen ist. Diese Idee soll sich verwirklichen lassen, wenn einmal unter allen Ländern ein freier Handelsverkehr herrsche, und zweitens kein Staat irgend einen Produktionszweig besonders begünstige. Es werde damit erreicht, daß billig produziert werden könne und den Konsumenten der Vorteil gebracht, daß der niedrigste zu erzielende Preis geschaffen werde.

Das Freihandelsystem wird immer nur in der Gedankenwelt existieren; in der Wirklichkeit ist es unmöglich, wenigstens solange unmöglich, als nicht alle Produktivkräfte nach bester Möglichkeit angespannt und ausgebildet sind. Man denke nur an die Erschließung der Bodenschätze. Heute mag z. B. Schweden das geeignetste Land zur Eisenverhüttung sein. Die Neuentdeckung von großen Erzlagern in anderen Ländern würde vielleicht eine noch bessere Ausnutzung gewährleisten und damit für die schwedische Eisenverhüttung eine schwere Krise herbeiführen. Solange die Verteilung der Spezialindustrien kein dauernder Zustand ist, würde Krise auf Krise die Entwicklung sein. Die Verhältnisse, die Industrien halten, sind doch meistens wandelbar und damit ist zu rechnen.

Für die Arbeiterschaft wäre die Verwirklichung des Freihandelsideals kein Ideal. Will doch die Freihandelsidee die Arbeiter dort wissen, wo ihre Kraft am besten zu verwenden ist. Für dieses Weltbürgertum wird der an seiner heimatischen Scholle und an seinem Vaterlande hängende Arbeiter wohl kaum Verständnis haben. Von ausschlaggebender Bedeutung dafür, daß in Deutschland der Freihandel nicht zur Einführung gelangen kann und wird, ist, daß sich andere Länder volkswirtschaftlich immer mehr zu begünstigen suchen. Deutschland ist so gezwungen das Gleiche zu tun.

Das schärfste Argument, das die Anhänger des Freihandels gegen den Schutz der nationalen Arbeit anführen, ist, daß dadurch eine Steigerung der Preise herbeigeführt würde, was für die Konsumenten ein Nachteil sei. Dieser Einwurf ist berechtigt, aber nicht stichhaltig. Nicht mit Unrecht bemerkte jüngst die „Kölnische Volkszeitung“ zu dieser Frage:

„Wenn in den letzten 10—20 Jahren, besonders aber in den letzten 2—3 Jahren, die Preise allzu rasch und zu weit gestiegen sind, so darf man dafür keineswegs unsere Wirtschafts- und Zollpolitik allein verantwortlich machen. Sie hat ja ohne Zweifel den Reichum des deutschen Volkes gehoben und dadurch den Wert des Geldes beeinträchtigt; entscheidend ist das aber nicht. Haben sich denn England und früher Amerika unter der Herrschaft des Freihandels anders entwickelt? Und ist nicht Frankreich heute das billigste Land, obwohl nirgendwo in der Welt das Schutz Zollverfahren schärfer zur Anwendung gelangt, als gerade dort? Der wahre, innere Grund für das Steigen der Preise ist in der Schnelligkeit unserer Entwicklung zu suchen, welche zu Auswüchsen in der Gewinnung von Gütern und im Zwischenhandel führte; sie wurden und werden noch immer nicht alle richtig erkannt und noch weniger entfernt. Hierin ist Aenderung zu erstreben, aber nicht in unserem Wirtschaftsverfahren als solchen.“

Der Nutzen, den uns die jetzt geltende deutsche Wirtschaftspolitik gebracht hat, ist ungewisslich größer als der Schaden, den sie anstiftete. Es ist deshalb in absehbarer Zeit auch an eine Aenderung des Systems kaum zu denken.

Etwas anderes ist es mit den Streitfragen, die aus dem Zolltarif, d. h. aus den festgesetzten und festgelegenden Zollsätzen entstehen. Da werden die Meinungen wohl schwerlich einheitlich zum Ausdruck kommen. Die Angehörigen einer Industrie haben Wünsche, deren Erfüllung der anderen Industrie nicht förderlich ist. Da spielen die widerstreitenden Interessen hinein, die noch ungeklärt werden, durch die Wünsche der ausländischen Warenhersteller, auf deren Produktion Deutschland angewiesen ist. Mehr wie je ist deshalb bei der Gestaltung der Zölle und Handelsverträge Rücksicht zu nehmen auf die Gesamtinteressen des deutschen Volkes. Das würde es z. B. dem deutschen Holzgewerbe nutzen, wenn die fremdländische Konkurrenz durch hohe Schutz Zölle unmöglich gemacht, dafür aber dann Rohprodukte, die die deutsche Großindustrie notwendig hat, vom Auslande mit hohen Ausfuhrzöllen belegt würden? Der Niedergang der Großindustrie würde für manche Teile des Holzgewerbes den Niedergang bedeuten, trotz der Ausschaltung der ausländischen Konkurrenz.

So greift eins ins andere und schwierig ist's, die ganze Materie, die bei der Holzgesetzgebung in Frage kommt, klar zu überschauen. Es kann so auch nur angeraten werden, all denen mit Mißtrauen zu begegnen, die ihre vorgefaßte Anschauung in dieser Frage mit allzu großer Bestimmtheit vertreten. Aus dem, was in Deutschland und auch in anderen Ländern bisher gemessen ist, können wir lernen, nie aber kann man wissen, wie sich bei radikalen Änderungen in Zukunft die Dinge gestalten.

Verbandsnachrichten.

Bekanntmachung des Vorstandes.

Im Interesse der Kollegen machen wir darauf aufmerksam, daß mit dem Erscheinungstage dieser Nummer der 8. Wochenbeitrag für die Zeit vom 19. Febr. bis 25. Febr. fällig ist.

Die Genehmigung zur Erhebung eines Lokalbeitrages in der angegebenen Höhe erhalten folgende Zahlstellen: 20 Pfg. (Gesamt-Wochenbeitrag 70 Pfg.): Saarbrücken. 10 Pfg. (Gesamt-Wochenbeitrag 60 Pfg.): Hüßen, Neuburg a. D. und Günningfeld. 5 Pfg. (Gesamt-Wochenbeitrag 55 Pfg.): Glogau und Gohrau.

Verloren wurden die Mitgliedsbücher der Kollegen: Franz Seefischer, Nr. 3026 (Christlicher Holzarbeiterverband der Schweiz); Albert Neuhaus, Nr. 30662; Wilhelm Fielhoff, Nr. 31778; Heinrich Hüfing; Nr. 52025. Die Bücher sind für ungültig erklärt.

Arbeitslosenstatistik. Am Mittwoch, den 1. März sind die Meldebücher zur Arbeitslosenstatistik an die Geschäftsstelle des Verbandes einzufenden.

Ratenzahlungen. An die fällige Ratenzahlung pro Februar werden die Kassierer der Zahlstellen erinnert.

Lohnbewegung.

Die Ortsvereinigungen haben bei allen Lohnbewegungen der Zentralstelle jede Woche vor Verhandlungsschluss einen Bericht über den Stand der Bewegung einzufenden.

Der Jung ist fernzujahler

Schreiner und Maschinenarbeiter: Kaiserlautern (Edel, Wesel (Lamers), Neu-Zienburg (H. A. Wittich), Dzierz i. B. (Dörpmayhaus), Zittau (Kotzer & Bartisch, Lippmann, Sommer). Rauger und Schreiner: Rastatt (Bagonfabrik).

Berichte aus den Zahlstellen.

Sagru. Die Regelung der Arbeitsnachweisfrage im Holzgewerbe wird von unseren Kollegen mit Interesse verfolgt. Sie können es sich kaum denken, daß der sozialdemokratische Holzarbeiterverband in Berlin, Hamburg und einigen anderen Orten mit allen zu Gebote stehenden Mitteln den paritätisch-obligatorischen Facharbeitsnachweis hochzuhalten bestrebt ist. Unsere Kollegen erinnern sich dabei an den 14. August des Jahres 1910, an jenen denkwürdigen Tag, wo der Gauleiter Meyer-Düffeldorf vom soziald. Holzarbeiterverband dem hier bestehenden Arbeitgeber-Zwangsarbeitsnachweis für die Metallindustrie zustimmte und durch Unterschrift seinen Segen gab. Ohne, daß es gewollt wurde, drängte sich Meyer zu den Verhandlungen, die zur Beilegung des großen Kampfes in der Metallindustrie stattfanden. Zunächst machte er dadurch eine günstige Bewegung der Holzarbeiter in der Metallindustrie unmöglich, denn aber auch wurde er moralisch und rechtlich verpflichtet, den Zwangsarbeitsnachweis des Metallarbeiterverbandes zu unterstützen. Da aber jetzt der Kampf und auch die Art, so hat auch Meyer in einem Gewissenskonflikt. Er zögert deshalb mit der schriftlichen Anerkennung. Doch da trat ihn der Vorschlag eines Mitgliedes: „Der Teufel soll ihn holen“, erklärte sein Präsidiums-Kollege Graf vom soziald. Metallarbeiterverband gegenüber dem Sekretär Jakob's vom Arbeitgeberverband, „wenn er nicht sofort unterzeichnet“. Und Meyer unterzeichnet sofort! Wirklich eine sonderbare Organisation, die offiziell für den paritätischen Facharbeitsnachweis kämpft, die aber durch andere für die Arbeitgeberseite kämpft, denn einseitigen Unternehmer-Zwangsarbeitsnachweis unterstützen.

Nachdem man einen Blick nach dem Verlauf unserer Zahlstellen nach Düsseldorf führt mit unserer Generalversammlung ab. Es hat sich gezeigt, daß der Reichstag nicht zum Schanden der Ortsgruppe gemacht ist. Allerdings muß das Leben noch besser werden als bisher. Die Mitgliederzahl hat sich beinahe verdoppelt. Das ist ein Zeichen, daß sich im Kreis mit einiger Höhe eben auch noch etwas erreichen läßt. Die Agitation bildet den Hauptpunkt der Generalversammlung. Seine Zeit ist besser für dieselbe geeignet, nur die letzten fünf Tage der Vorbereitungen unserer letzten Sitzung sind in wirtschaftlicher Beziehung. Jetzt verhandelt sich die der Ortsvereine in ihrem Bezirk, in einem Zeitraum von nicht einmal 30 Jahren. Große industrielle Werke sind nun entstanden und das ganze Gewerbeleben im Aufschwung begriffen. Die gute Lage der Arbeit und des Lohnes ist der Grund hierfür wohl mit dazu bei. Daran kann der Arbeiter nicht ohne weiteres denken. Die Arbeitsverhältnisse entsprechen nicht denen anderer Gewerbe; die wirtschaftliche Entwicklung hat sich anders als sonst entwickelt, ist aber bei uns noch in vollem Maße, der Lohn dementsprechend nicht auf der gewünschten Höhe für die Beschäftigten hier zu Lande. Die ungenügende Beschäftigung führt die Gewerkschaften, daß man wieder fröhliches Leben in die Reihen der Kollegen

kommt. Stellt sich jeder einzelne mit in den Dienst der Arbeit, dann wird das nächste Ziel, die Mitgliederzahl noch einmal zu verdoppeln, in nicht allzuferner Zeit erreicht sein. Ein regerer Besuch der Versammlungen wird es ermöglichen, durch Vorträge die Schulung der Mitglieder zu fördern, um dem Gegner gewachsen zu sein. Jeder arbeite also am richtigen Plage und in der richtigen Weise.

Ritter. Am Sonntag, den 5. Februar hielt die hiesige Zahlstelle in Kirburg ihre Generalversammlung ab. Die Kollegen waren ziemlich erschienen, doch sind immer noch einige vorhanden, die es nicht für nötig halten, die Versammlungen zu besuchen. Bei den hiesigen Verhältnissen, die doch noch so überaus schlecht sind, müssen alle Mann auf dem Posten sein. Nach Bekanntgabe des Kassienberichts wurde einstimmig beschlossen, daß seitens der Verwaltung alsbald Schritte zur Verbesserung der Verhältnisse getan werden sollen.

Bad Oeynhausen. Am Dienstag, den 7. Februar fand unsere diesjährige Generalversammlung statt. Dieselbe war von 124 Kollegen besucht. Unser Sekretär, Kollege Böhmke aus Hannover, war zu dieser Versammlung erschienen. Derselbe übernahm auch den Vorsitz bei der Neuwahl des Vorstandes. Der Vorstand wurde im allgemeinen einstimmig wiedergewählt. Dem Geschäftsbericht ist zu entnehmen, daß sich unsere Zahlstelle nach den Tagen der Einnahme gut erholt hat. Die Bemühungen der Kollegen in der Agitation haben Erfolg gehabt. Die Mitgliederzahl war am Jahreschluss auf 160 gestiegen, gegen 67 im vorigen Jahr. Am Tage der Generalversammlung wurden noch 27 Kollegen der Organisation zugeführt. Somit hatten wir bis dahin die Zahl 190 erreicht. Der Kollege Böhmke hielt dann noch einen lehrreichen Vortrag. Er gedachte auch aller, die zur Stärkung der Zahlstelle beigetragen haben. Der dem Redner gespendete Beifall ließ die Begeisterung sämtlicher Kollegen erkennen. Zum Schluss richtete er an alle den Appell: „Erhaltet, was Ihr besitzt, und werbet für den letzten Mann!“

Borbe i. B. Die Sektion Borbe unseres Verbandes hat seit ihrem Bestehen noch nie die Spalten des Verbandsorgans in Anspruch genommen. Die Kollegen hier selbst sind aber doch auf den Posten. Gilt es doch auch hier wie anderwärts sich der Befolgungsmut der soziald. Gegner entgegenzustellen. Den „Christlichen“ den Garaus zu machen, ist auch hier das Bestreben der „Genossen“. In offener Weise zu kämpfen, dafür besitzen sie nicht den Mut. Schon öfter hätten wir Gelegenheit gehabt, darüber zu berichten, aber die Kollegen des Verbandes kennen ja die Kräfte der „Freiheitsheiden“. Alle dummen Schwärmereien, alle Verleumdungen gegen unsere Kollegen und gegen den Verband wollen nicht ziehen. Aber jetzt oder demnächst (so erklärte der Vertrauensmann Elbrecht des soziald. Verbandes einem unorganisierten Kollegen) müssen alle, die nicht Mitglied des roten Verbandes sind, und auch die Christlichen aufhören. Ob man von soziald. Erde im Betrieb beim Arbeitgeber schon vorstellig geworden ist, entzieht sich unserer Kenntnis. Warten wir deshalb in Ruhe ab, ob es sich bewahrheitet, daß Familienväter brotlos gemacht werden sollen.

Essen-Borbe. Vor kurzem fand hier die Gesellenauswahl für die Schreiner-Zwangsinnung statt. Hierbei wurden die Kandidaten unseres Verbandes einstimmig gewählt. Wir müssen jedoch gesehen und einmal offen aussprechen, daß wir durch den Ausfall dieser Wahl um eine Enttäuschung reicher sind. Wenn man weiß, daß zwei Kollegen einen ganzen Tag dafür verwandt haben, die Kollegen von nahezu 40 Werkstellen für die Wahl mobil zu machen und letzten Endes kaum ein Duzend Kollegen es für der Mühe wert erachten, sich an der Wahl zu beteiligen, so muß dies als eine unerantwortliche Stenographiererei bezeichnet werden. Es wäre diesmal für die „Genossen“ ein leichtes gewesen, uns zu überrumpeln. Auch in Essen glaube man ja bei der im vorigen Herbst getätigten Gesellenauswahl, durch eine Ueberrumpelungsaktion den Sieg zu erringen. Aber auch nach anderen Richtungen läßt das Interesse und die Mithat unserer Borbeder Kollegen viel zu wünschen übrig. Beispielsweise ist der Versammlungsbefuch schon lange Zeit sehr schlecht. Mit Ruhe und Mut waren bisher schon kaum genügend Kollegen für Vertrauensposten zu gewinnen. Augenblicklich sind wir in einzelnen Bezirken nun so weit gekommen, daß die Mitglieder durch Offener Kollegen bedient werden müssen. Diesen gewiß nicht rühmlichen Zuständen steht andererseits aber auch das Arbeitsverhältnis ähnlich. Während es sowohl in Rottrop wie auch in einem größeren Betrieb in Borbebed schon im Jahre 1909 möglich war, Tarifverträge mit bedeutenden Verbesserungen zum Abschluss zu bringen, ist in Borbe heute noch alles beim alten. Im Gegensatz zu der Gleichgültigkeit unserer Kollegen sind die Borbeder Arbeitgeber und da wieder in erster Linie die Schreinermeister mit reichlichem Erfolg daran, ihre Organisation schlagfertig nach jeder Richtung hin auszubauen. Steht doch die Errichtung einer besonderen Verwaltungsstelle für das gesamte Borbeder Handwerk, an deren Zustandekommen die Schreinermeister hauptsächlich mitgewirkt haben, bevor. Andererseits sind aber auch die „Genossen“ nicht untätig gewesen, wie wir uns letzthin zu überzeugen Gelegenheit hatten. Kollegen! Der erste Brunnensabschluss in Borbe im Jahre 1907 wurde von unserm Verband allein gelöst. „Genossen“ waren damals noch nicht vorhanden. Nachdem durch unsern Verband dann der damaligen Zeit entsprechend geordnete Verhältnisse geschaffen waren, geruhten auch die Herren „Genossen“ im „Schwarzen Borbe“ in Arbeit zu treten. Heute haben sich die Verhältnisse nach der Richtung hin gewaltig verschoben. Nach einer genauen von rund 40 Werkstellen ermittelten Statistik sind in unserem Verband 15, im roten 13 und 45 Kollegen in keinem Verband organisiert. Bemerkenswert ist, daß es sich hierbei nur um Betriebe von Innungsmitgliedern handelt. Angesichts dieser Zustände richten wir an alle Verbandskollegen das dringende Ersuchen, nun endlich einmal die Gleichgültigkeit lassen zu lassen und besonders in den nächsten Wochen tätig mitzuarbeiten. Ganz besonders ergötze dieser Ruf an alle älteren Verbandsmitglieder. Nur bei eifriger Mitarbeit wird es gelingen, auch für Borbe wieder geordnete Verhältnisse zu schaffen.

Witten. Am Montag den 13. Februar fand unsere diesjährige Generalversammlung statt, zu der die Kollegen zahlreich erschienen waren. Kollege Brall gab zunächst den Kassienbericht, welcher zeigt, daß im Laufe des vergangenen Jahres sich die Zahlstelle recht gut entwickelt hat. Es war eine Zunahme von 29 Mitgliedern zu verzeichnen. Bei der vorgenommenen Vorstandswahl wurden sämtliche Posten von Kollegen besetzt, von denen anzunehmen ist, daß sie voll und ganz ihre Pflicht erfüllen. Kollege Brall wurde wieder zum 1. Vorsitzenden gewählt; Kollege Gräber zum 2. Vorsitzenden; Kollege Dattich 1. Kassierer; Kollege Grenzelt 2. Kassierer; Kollege Hornemann 1. Schriftführer; Kollege Schnipper 2. Schriftführer. Als Beisitzer wurden gewählt die Kollegen Löwe und Hegwol. Als Vertrauensmänner die Kollegen Schnipper und Renzel; als Kassiermänner die Kollegen Bergel und Heudrow. Der ausführende Sekretär, Kollege Schöpfel, wies nach der

Wahl darauf hin, daß die Vorstandsposten keine Ehrenposten, sondern Arbeitsposten wären. Nur durch rastlose Arbeit der Vorstandsmitglieder und Vertrauensmänner könne eine Dinerwaltung auf die Höhe gebracht werden. Sodann hielt Kollege Schöpfel einen Vortrag über die deutsche Arbeiterbewegung und besonders über die Grundsätze unserer Bewegung. In begeisterten Worten schilderte Redner das Ringen und Streben des deutschen Arbeiters nach Licht, Luft und Freiheit. Er entrollte ein Bild der Kämpfe um die Organisationsform und vor dem Geiste der Anwesenden wurden die Organisationsbestrebungen so deutlich dargestellt, daß hohe Befriedigung über das Gehörte sich bei den Kollegen kundgab. In der nachfolgenden Diskussion kam der feste Wille zum Ausdruck, auf der beschrittenen Bahn rastlos vorwärts zu streben. In der Versammlung ließen sich noch fünf Stellmacher in den Verband aufnehmen. Wir zählen jetzt 11 Stellmacher in unserer Zahlstelle. Aufgabe derselben muß es sein, auch den letzten Stellmacher heran zu holen. Auch die Tapezierer müssen folgen. Kollegen, an die Arbeit für unsern Verband!

Jugolstadt. Am Sonntag den 5. Februar fand die Neuwahl zum Gesellenauschuss der freien Schreinerinnung statt. Dieselbe war, wie der Vorsitzende, Herr Obermeister Zinsmeister bekanntgab, durch dessen Krankheit so lange hinausgeschoben worden. Die Wahl sollte eben schon im November statt finden. Der Gesellenauschuss ist seit Jahren in den Händen der „Genossen“. Diese haben denn auch die Gelegenheit reichlich zu ihren Gunsten verwendet. War es nun bislang üblich, daß sämtliche Schiffsen soweit dieselben bei Innungsmeistern beschäftigt waren, wählen konnten, so wurde dieses auf einmal von dem Gesellenauschuss, von den „Genossen“ also selbst, abgeschafft. Damit wurde einer Anzahl junger Kollegen unter 21 Jahren das von ihren Vorgängern innegehabte Recht entzogen. Die „Genossen“ scheinen erst jetzt die Bestimmungen im Statut der freien Schreinerinnung erfasst zu haben. Dazu hat nicht wenig die gute Entwicklung unserer Zahlstelle beigetragen. Waren bei der letzten Wahl 22 wahlberechtigte Kollegen vorhanden, von denen 16 dem roten und 6 unserem Verband angehörten, so war bei der heutigen Wahl das Verhältnis ein ganz anderes. Wachsen wir weiter so, dann gehört uns recht bald der Erfolg. Besteres war diesmal allerdings noch nicht gewährleistet. Wir entsandten deshalb auch nur eine Delegation zu der Wahlhandlung. Das Protokoll der letzten Wahl wurde unsererseits beanstandet, weil nur die 16 anwesenden Genossen eingetragen waren, nicht aber unsere Kollegen. Nach längerem Weigern des Altgesellen mußte auf Antrag des Vorsitzenden diese Angaben nachgetragen werden. Die Wahl selbst ergab die Wiederwahl der „Genossen“ mit 15 Stimmen. Unsere anwesenden drei Kollegen gaben weiße Zettel ab. So ward nun wieder ein großer Sieg über die „Christlichen“ errungen. Als nun unsere Kollegen den Altgesellen Bauernschmidt auf die in einer Werkstättenversammlung gehaltenen Beschlüsse, betreffs der Klüppelprüfung aufmerksam machten, schloß unterdessen Herr Obermeister Zinsmeister die Versammlung. Nach der Meinung eines „Genossen“ sollte unser Kollege Schmidt die Vorschläge unterbreiten, was auch geschah. Dem Altgesellen fehlte offenbar der Mut dazu. In Abwesenheit der Meister wird über das Lehrlings- und Prüfungsweesen geschimpft, bei Anwesenheit derselben schweigt man sich gründlich aus. Wenn unsere Kollegen dann die Sache in Gegenwart von Meistern vorbringen, dann ist das nach Ansicht der „Genossen“ und selbst des Obermeisters nur „gegenläufige Rederei“. Auch diese Wahl hat wieder gezeigt, wie notwendig es ist, daß unsere Kollegen unermüdet am weiteren Ausbau der Zahlstelle unseres Verbandes arbeiten, um auch hier einmal zur Geltung zu kommen. Aufgabe aller Kollegen wird und muß es sein, durch fleißigen und pünktlichen Versammlungsbefuch und fleißiges Lesen der Gewerkschaftsblätter die sich notwendigen Kenntnisse zu verschaffen.

Laupheim. Dem diesjährigen Jahresbericht unserer Zahlstelle ist folgendes zu entnehmen: Neu aufgenommen wurden 37 Kollegen, von welchen drei wieder verloren gingen. Unsere Zahlstelle hat sich im Jahre 1910 nahezu verdoppelt. Verkauft wurden 2654 Beitragsmarken und 37 Aufnahmemarken, was eine Einnahme für die Hauptkasse von 1345,50 Mk. bedeutet. Die Ausgaben der Hauptkasse betragen: Reiseunterstützung 2 Mk., Krankenunterstützung 204 Mk., Sterbegeld 50 Mk., insgesamt 256 Mk. Die Zahlstelle konnte so an die Hauptkasse 1089,50 Mk. abliefern. Die Lokalkasse hat folgenden Abschluss: Bestand 70,95 Mk., Einnahmen 162,84 Mk., zusammen 233,79 Mk. Die Ausgaben betragen 154,61 Mk. Somit bleibt ein Bestand von 79,15 Mk. Bei der Neuwahl wurde die bisherige Vorstandschaft wiedergewählt. Die Tarifverneuerung im Frühjahr brachte eine Lohnhöhung von 4% für 1910 und weitere 2% am 1. Mai 1911. Außerdem wurden die Preise auf Fausthobel erhöht und den Maschinenarbeitern die Stundenlöhne um 1 Pfg. Der Tarif enthält dann noch verschiedene Verbesserungen bezgl. Ueberstunden, Nacht- und Sonntagarbeit usw. Alles in allem können wir mit Befriedigung auf das verstlossene Jahr zurückschauen. Wenn die Kollegen der Fahne treu bleiben, so werden sich auch neue Erfolge zu den bis jetzt erreichten gesellen zu Ruh und Frommen eines Jeden.

Beetz. Die Generalversammlung unserer Zahlstelle fand am 4. Februar statt. Aus dem Jahresbericht, den der Vorsitzende erstattete, geht hervor, daß die Mitgliederzahl in jedem Quartal zugenommen hat, so daß wir am Jahreschluss eine Mitgliederzahl von 85 zu verzeichnen hatten. Aus dem Kassienbericht ist zu entnehmen, daß es in finanzieller Beziehung gut voran ging. Wir hatten im Jahre 1910 mit größeren Schwierigkeiten zu rechnen. Es wurden im Laufe des Jahres verschiedene Kollegen gemäß regelt. Der Verband stand den Kollegen hilfreich bei. Die Kollegen haben trotz der Maßregelung wieder Beschäftigung erhalten. Die Neuwahl des Vorstandes ergab folgendes Resultat: als Vorsitzender wurde Kollege van den Heuvel wiedergewählt, als Kassierer Kollege Geunz, Schriftführer Kollege van Herken, Beisitzer die Kollegen Ververs und Pieper, Kassenschatoren die Kollegen Berheien und Jangbled. Nachdem der geschäftliche Teil erledigt war, wurde über die gewerkschaftliche Lage am Orte gesprochen. Die Kollegen beteiligten sich reger an der Diskussion. Der Vorsitzende forderte zum Schluss die Kollegen zu reger Agitation auf und dankte allen, die im Vorjahre zur Kräftigung der Zahlstelle beitrugen.

Kellheim i. L. Am 27. Januar hielt die Ortsgruppe Kellheim ihre Generalversammlung ab. Dieselbe war von den Kollegen zahlreich besucht, wie auch die übrigen Mitglieder der Ortsgruppe des verfloffenen Jahres durchweg gut besucht wurden. Aus dem Jahresbericht war zu ersehen, daß die Ortsgruppe einen ansehnlichen Mitgliederzuwachs zu verzeichnen hatte. Die Versammlungen, die regelmäßig alle 14 Tage stattfanden, wechselten mit Vorträgen und Vorlesungen ab. Hierfür wurde die Vorstandswahl vorgenommen, welche ergab, daß der alte Vorstand einstimmig wiedergewählt wurde. Zum Schluss dankte der Vorsitzende, Kollege Klein, dem übrigen Vorstand sowie allen Mitgliedern für die regere Mitarbeit, welche auch in diesem Jahre wohl nichts zu wünschen übrig lassen würde.

Modell- und Fabrikstreiner.

Düsseldorf. Unsere alljährlich wiederkehrende Generalversammlung beschloß sich zunächst mit der Vorstandswahl; teils wurden die bisherigen und teils neue Vorstandsmitglieder gewählt. In verfloßenen Jahre wurden die Kollegen durch Vorträge in monatlichen Versammlungen, die zum Teil von dem Kollegen ...

In letzter Zeit haben wir gesehen, daß sich große Firmen, B. die Benrather Maschinenfabrik, ferner Beckmann und Keitmann in Duisburg, sowie Stuckenholz in Wetter zu einer Gesellschaft vereinigt haben, um gemeinsame Geschäfte abzuschließen. Ebenso müssen auch wir Modellstreiner uns zusammenschließen, um bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen herbeizuführen. Da ...

Orgelbauer.

Waldkirch (Waden). Langsam aber sicher bricht sich die Erkenntnis von der Notwendigkeit der gewerkschaftlichen Organisation unter den Orgelbauern des Elztales Bahn. Was Manchem vor Monaten noch unmöglich schien, ist heute erreicht. Nämlich ein ...

Bewerkschaftliches.

Dummheit und Stolz. . . . In der neuesten Nummer der sozialdemokratischen „Holzarbeiter-Zeitung“ behandelt der Leitartikel r. das Thema „Klassenbewußtsein und Selbstbewußtsein. Dabei verbricht er u. a. folgende „Weisheiten“: „Was das Christentum im Laufe von fast zwei Jahrtausend nicht fertiggebracht hat, das hat das organisierte Proletariat in wenig Jahrzehnten erreicht, es hat die Arbeit geädelt und ...

Ein moderner Arbeiter tritt vor den Kapitalisten hin und spricht: „Du hast einen großen Geldsack, ich habe einen kleinen Geldbeutel, aber als Mensch bin ich dir gleich“. Er tritt mit Mannesholz hin vor den Königsthron und spricht: „Ehrt den König seine Würde, ehret uns der Hände Fleiß!“ Er nimmt sich das Schillerwort zum Wahlspruch: „So hochgestellt ist keiner auf der Erde, daß ich mich selber neben ihm verachte!“ Und da er weiß, daß sein Recht auf Menschenwürde und menschenwürdiges Dasein, auf soziale und wirtschaftliche Gleichheit, einsteilen noch in der Theorie stecken geblieben ist, so ist er bereit, alles daranzusetzen, um die Welt nach seinem Willen umzuformen.“

Der Mann der das schrieb, hat zunächst einen gründlichen Geschichtsumricht notwendig; sodann aber auch eine Unterweisung in logischem Denken. Weil er weder in der Menschheitsgeschichte noch in der Logik bewandert ist, kann sich seine krankhafte Selbstüberhebung mit seiner Dummheit messen. Nicht das Christentum, sondern das soziald. organisierte Proletariat soll die Arbeit geädelt haben! Welche Selbsttäuschung und welche Unwissenheit! Nur deshalb, weil das Christentum die Arbeit geädelt, nur auf Grund des durch das Christentum gegebenen Rechtmittels, war und ist es der Arbeiterschaft möglich, seinen Wert und seine Rechte geltend zu machen. Die von der Klassenkämpferischen Sozialdemokratie übernommene darwinistische Ethik kennt kein Recht der Menschenwürde, sondern nur ein Recht der Stärkeren. Es steht deshalb einem sozialdemokratischen Blatte sehr schlecht an, die Tätigkeit des Christentums zu ignorieren. Ohne dieses kein Recht auf Menschenwürde und menschenwürdiges Dasein.

Wahr ist auch, daß nicht das sozialdemokratisch organisierte Proletariat das Nichtstun verächtlich machte, sondern ebenfalls das Christentum. Solche, für die antireligiöse Sozialdemokratie bitteren Wahrheiten, magt man offen nicht einzugesprechen. Aber das Unhaltbare der Ausführungen kommt doch zum Durchbruch. Erst posant man aus, daß es dem „organisierten Proletariat“ in wenigen Jahrzehnten gelungen sei, die Arbeit zu adeln. Nachher aber weiß man, daß das Recht auf Menschenwürde ic. noch in der „Theorie stecken geblieben“ ist. Es scheint dennoch, als habe das „organisierte Proletariat“, (natürlich ist nur das sozialdemokratisch organisierte Proletariat gemeint) die Arbeit und den Arbeiter auch nur in der Theorie geädelt. Damit ist der Arbeiterschaft aber herzlich wenig gedient.

Es ist eigentümlich, daß man sich in der sozialdemokratischen Bewegungskampfbewegung immer auf Rechte beruft, die man auf Grund der sozialdemokratischen Lehren gar nicht besitzt. Die sozialdemokratische Wissenschaft wirft man wer weiß wie oft über Bord, um sie durch einen Glauben an das Zukunftsziel zu ersetzen. Man scheint allmählich einzusehen, daß ohne Zukunftsglauben die Massen nicht zufrieden zu stellen sind. Christliche Ueberzeugung, Christenglauben, sucht man zu ersetzen durch den Glauben an ein Phantom, das sich auf Erden niemals erreichen läßt. Nicht einmal werden die sozialdemokratischen Massen der erstrebten Ziele sich merklich nähern. Zu einem falschen Klassenbewußtsein erziehen, alles andere betrachtend unter dem Gesichtswinkel der äußeren Beeinflussung, sich selbst aber wertend als hoch erhaben, mit unerreichbaren Qualifikationen, bietet das sozialdemokratische Proletariat der Mitwelt das Schauspiel einer an Selbstüberhebung leidenden Bevölkerungsschicht. Die „Holzarbeiter-Zeitung“ schrieb früher einmal: „Uns verleiht unser Zukunftswille Riesenkraft“. Gewiß, es wohnt dem sozialdemokratischen Proletariat die Riesenkraft inne, unjer wirtschaftliches und namentlich das politische Leben in steter Bewegung und Gärung zu halten. Nicht aber hat das sozialdemokratische Proletariat die Kraft, sich selbst, den einzelnen Anhänger zu meistern. Die Willenskräfte, die bei der Betätigung der Masse der Anhänger der Sozialdemokratie zum Ausdruck kommen, sprechen alles andere, als „für einen entgeltlichen Sieg der auf dem gleichen Genußrecht und der gleichen Arbeitspflicht beruhenden Sozialismus“. Nicht wird die Menschheit den höchsten Kulturzustand erreichen unter dem Hinweis auf die Verfassung der Gesellschaft, sondern unter der steten Anjage, daß die Gesellschaft sich bildet aus den Einzelnen und nur jütliche Persönlichkeiten in ihrer Gesamtheit hohe und höchste Ziele erreichen können.

Wilhelm Hoffjß †. Unerwartet und plötzlich ist infolge einer Lungenentzündung Wilhelm Hoffjß, der frühere Redakteur des „Typograph“ (Organ des Gutenbergbundes), am 13. Februar zu Bremen verschieden. Er bekleidete zuletzt den Posten eines Volksbürovorstehers. Mit ihm ist ein überzeugter christlicher Gewerkschaftler dahingegangen. Seinem Wirken ist es hauptsächlich zuzuschreiben, daß sich der Gutenbergbund dem Gesamtverbande der christlichen Gewerkschaften angeschlossen hat. Er ruhe in Frieden!

Telegraphenarbeiterwünsche. Die im Verbands deutscher Post- und Telegraphenarbeiter und Handwerker, Sitz Bochum (dem Gesamtverbande der christlichen Gewerkschaften angeschlossen), organisierten Telegraphenarbeiter haben an den Staatssekretär des Reichspostamtes und an den Reichstag vier Petitionen gerichtet, in denen sie ihre Wünsche darlegen. Die Petitionen beschäftigen sich mit den Lohn- und Arbeitsverhältnissen der Post-, Telegraphen- und Fernschreiber- und Handwerker, der Anrechnung der Arbeiterjahre auf das Verdienstalters, die Personalreform in Telegraphenbauendienst und dem Ausbau der Arbeiterausschüsse. Hoffentlich finden die nicht ungerechtfertigten Wünsche der Telegraphenarbeiter bei Staatssekretär und Reichstag volle Würdigung.

Der Streik der Bergarbeiter in Oberbayern, an dem sich nur ein Teil der sozialdemokratisch organisierten Leute

beteiligte, wird seitens der „Genossen“ dazu benutzt, um gegen die christlichen Gewerkschaften zu hetzen. Daß es so kam, war vorauszusehen, nachdem der Streik mit der von vornherein sicheren Niederlage geendet hat. Den „Sündenbock“ dafür suchten die „Genossen“ selbstverständlich in den christlichen Gewerkschaften. Nur diese merden für den Mißerfolg verantwortlich gemacht, nicht aber die verfehlte Streiktaktik. Erst hat man den am Streik nicht Beteiligten bei der Christbaumfeier das Lokal demoliert; jetzt sucht man der Hege eine breitere Grundlage zu geben, indem man der christlichen Gewerkschaftsbewegung überhaupt den Mißerfolg in die Schuhe schiebt. Mögen die „Genossen“ sich ihre Mühe nur sparen, ihre Hege wird nicht wirken. Für solche Grundsätze, wie sie der „Genosse“ Fehinger in München einmal zum besten gab indem er erklärte: „Wenn der Streik auch verloren geht, die Partei hat doch gewonnen“, sind die christlichen Arbeiter nicht zu haben.

Jugend und Jugend. In der vorletzten Nummer der „Vereinigung“ konnten wir auf ein Ergebnis sozialdemokratischer Erziehungskunst hinweisen, daß sich in der Frankfurter Filiale des soziald. Tapeziererverbandes offenbarte. Das „Korrespondenzblatt“ wollte unsere Folgerung, daß der Radikalismus des Frankfurter Ortsgruppenführers nur der Ausfluß sozialdemokratischer Verhältnisse sei, nicht gelten lassen. Es führte den Radikalismus auf die Jugend des Reichs erstatters zurück. Doch dabei ist der Redakteur Weder des genannten Blattes schon „aufgelaufen.“ A. i. Frankfurt wurde ihm folgender „offene Brief“ zugestellt:

Auf die Anmerkung des Redakteurs in Nr. 2 des „Korrespondenzblatt“ unter Frankfurt a. M. muß ich folgendes erwidern. In einer Lagatellache über Versammlungsberichte, in der ich mit Kollegen Weder aneinander geraten war, teilte Kollege Weder mir mit, ich sei noch jung, mit anderen Worten, ich sei noch unerfahren. Ich frage nun in meinem unerfahrenen Untertanenverständnis, was meint Kollege Weder mit seiner Anmerkung. Ich weiß wirklich nicht, wie dieses auf deutsch heißt. Kollege Weder soll sich da näher ausdrücken. Dem Kollegen Weder möchte ich aber noch einige Worte des Dichters Herwegh, meines Großonkels, auf den Weg geben:

Schmähet, schmähet mir nicht die Jugend,
Nicht die stürmischen Gebärden,
D wie oft hat eure Jugend
An der Menschheit still gesündigt
Hochachtungsvoll
E. Herwegh, 1. Schriftführer, Filiale Frankfurt a. M.

Ein tüchtiger junger Mann, der seinem Großonkel sozial Ehre macht! Wir müssen gestehen, daß es das erste Mal ist, daß uns die Leiter des sozialdemokratischen Tapeziererverbandes als Jugendbolde vorgestellt werden. Allerhand Achtung vor diesen „stillen Sündern“, dem so poetisch veranlagten Großneffen und dessen „unerfahrenen Untertanenverständnis.“

Soziale Rundschau.

Praktiken der Schwindel-Krankenkassen. Der M.-Stadtbacher „Sozialpolitische Korrespondenz“ wurde ein Prospekt einer Hilfs-Krankenkasse zugestellt, dessen Ueberschrift lautet:

Am Werte der Humanität!
Kranken-, Sterbe- und Unfallversicherungsanstalt G. S.
Gegründet auf Grund des Reichsgesetzes für ganz Deutschland vom 7. April 1876 und 1. Juni 1884
Gegeben durch Se. Maj. Kaiser Wilhelm I.
Zugelassen unter Kontrolle der Staatsbehörden.

Am Schlusse des Prospekts heißt es:
Mit den denkbar niedrigsten Beitragssätzen ermöglichen wir jedem Mitglied unserer Kasse zu werden, und bieten so die Gewähr für ein sorgloses Schauen in die Zukunft bei Krankheitsfällen.

Zur Interesse und unter Mitwirkung aller Mitglieder können wir das schöne Werk ausführen. Großes kann unsere Arbeit leisten, wenn gegenseitiges Vertrauen zwischen Verwaltung und Mitgliedern herrscht. Durch prompte Auszahlung aller Krankheitsfälle wollen wir unserer Anstalt den weitesten Zuspruch sichern. Hauptbedingungen und Ziel der Anstalt sind: alle Ansprüche gerecht zu entschädigen.

Ausnahmsfähig sind gesunde Personen beiderlei Geschlechts von 14 bis 60 Jahren usw.
Aufnahme ohne ärztliche Untersuchung! Freie Heranzwahl in Krankheitsfällen! Wöchentliche Auszahlung des Krankengeldes.

Wer will da widerstehen! Kann es etwas Schöneres, Edleres und Humaneres geben wie dieses Versicherungsunternehmen? „Gegründet auf Grund des Reichsgesetzes“, „gegeben“ sogar, natürlich das allgemeine Reichsgesetz „durch Se. Maj. Kaiser Wilhelm I.“, „für ganz Deutschland zugelassen, unter Kontrolle der Staatsbehörden“, ein wahres „Werk der Humanität“. Einer solchen Reklame gegenüber kann nur immer betont werden: Weder Reichsgesetz noch Staatskontrolle bieten irgend eine Gewähr für die gesunde Verfassung der Kasse und für dauernden Bestand. Unsere Verbandsmitglieder, die das Bedürfnis nach Versicherung in einer zweiten Krankenkasse haben, werden wissen, wohin sie sich zu wenden haben.

Keine Krankenscheine stellen die im Württembergischen Ärzteverband organisierten Ärzte Württembergs ab 1. April 1911 für alle diejenigen Krankenkassen mehr aus, die ihre Geschäfte durch Agenten betreiben und einen kostspieligen Verwaltungsapparat haben. Bornehmlich kommen in Betracht: Württembergische Privatkrankenkasse, Stuttgart, Allgemeine Deutsche Krankenkasse, Stuttgart, Deutscher Versicherungsverein, Stuttgart, Krankenversicherungsgesellschaft Waagen i. S., Süddeutsche Krankenversicherungsgesellschaft Sinsheim-Heidelberg, Bayr. Krankenversicherungsanstalt München, Mitteldeutsche Versicherungsanstalt in Otha. Die soliden, gemeinnützigen Hilskassen bleiben von diesen Maßnahmen unberührt. Verbandskollegen, die etwa einer solchen Krankenkasse angehören, werden gut tun, zum nächsten Ründigungstermin ihre Mitgliedschaft aufzukündigen und sich der Krankengeldzuschußkasse unseres Verbandes anzuschließen.

Krankengeldzuschußkasse.

Adressenänderung: München: Kassierer ist Kollege Georg Bruckner, Georgenstraße 67 1/2. — Würzburg: Kassierer Heinrich Sbert, Franz Ludwigstr. 7 1/2, Seitenbau.

Sterbefafel.

Dyandl Bernis, Schreiner, gestorben zu Ratnz.
Johann Weberpals, Schreiner, gestorben zu Rosenheim.
Fritz Raup, Schreiner, gestorben zu Bochum.
Ruhet in Frieden!

Keine „Friedensförderer“ in den Arbeitskammern. Die Gelben hatten auf ihrer Magdeburger Tagung im Dezember v. J. an Reichstag und Bundesrat telegraphisch die Bitte gerichtet, „Sekretäre der Kampfvereine nicht als Vertreter der Arbeiter zu den Arbeitskammern zuzulassen, da diese sonst der friedlichen Verständigung nicht dienen würden“.

Soziale Rechtsprechung.

Unfall an einer Schleifmaschine. Im Sommer vorigen Jahres erlitt ein junger Kollege, der bei Schreinermeister Jahres in München beschäftigt war, einen Unfall, der nach kurzer Zeit den Tod zur Folge hatte. Der Unfall wurde dadurch herbeigeführt, daß Bauer eine „Schleifmaschine“ selbst konstruierte, die in keiner Weise den Anforderungen der Technik entsprach.

Ein salomonisches Urteil. Das Kölner Gewerbegericht ist durch seine gediegene Rechtsprechung und sein Vorsitzender durch seine originelle Geschäftsführung bekannt. Jüngst beendete es folgende Sache: Ein Schreinermeister klagte gegen eine Firma auf Zahlung einer Gratifikation von 100 Mk. nach seinem Vertrage war dem Kläger eine Gratifikation zugesichert, deren Höhe sich nach der Geschäftslage richten sollte.

Abschwächen einiger den tariflichen Bestimmungen. In Dortmund verlangten vor dem Gewerbegericht zwei Bauarbeiter wegen rechtswidriger Entlassung eine einstägige Lohnentschädigung von je 4 Mk. mit der Begründung, daß beide Parteien der Organisation angehört und deshalb der im Baugewerbe bestehende Tarif zu gelten habe.

Aus dem gewerblichen Leben.

Etat und Holzindustrie. Ueber dieses Thema sprach jüngst in einer Sitzung der Vereinigung der Holzhandwerker der Sekretär des Vereins süddeutscher Holzwerkzeughersteller Herr G. Er führte aus, daß neben dem Eisen, das Holz dasjenige Material sei, dessen der Staat bei seinen Einrichtungen am meisten bedürftig sei.

Pflicht darin, den Staat wegen seines großen Bedarfes und der Sicherheit der Gegenleistung im Rahmen der Möglichkeit voll zu befriedigen. Über eben diese Lieferungen führen zu manchen Meinungsverschiedenheiten zwischen dem Abnehmer und Lieferanten, da das Holz als Handelsartikel und Naturprodukt eben auch seine Fehler habe.

Deutschlands Ein- und Ausfuhr 1910. Der Wert der reinen Waren einfuhr nach Deutschland hat im verfloßenen Jahre nur unbedeutend zugenommen, indem er von 8526,9 auf 8609,2 Millionen Mk. stieg und die entsprechende Zahl für das Jahr 1907, in welchem er sich auf 8744,0 Millionen Mk. belief, noch nicht wieder erreicht.

Table with 4 columns: Year, Value (Millions Mk.), Year, Value (Millions Mk.). Rows for years 1901-1906.

An der Wertsteigerung des letzten Jahres sind fast alle Warengruppen gleichmäßig beteiligt, nur die Einfuhr von Erzeugnissen der Land- und Forstwirtschaft usw. weist einen Rückgang von 5725,1 auf 5610,6 Millionen Mk., diejenige von Fahrzeugen einen solchen von 30,1 auf 24,7 Millionen Mk. auf.

Der Wert der Ausfuhr hat sich dagegen gehoben wie in keinem der Vorgahre; er ist von 6594,4 auf 7457,1 Millionen Mk. vorgegangen und hat damit alle bisher erreichten Zahlen weit hinter sich gelassen.

Table with 4 columns: Year, Value (Millions Mk.), Year, Value (Millions Mk.). Rows for years 1901-1906.

Von dieser Wertsteigerung sind alle Warengruppen — mit alleiniger Ausnahme der edlen Metalle und Waren daraus — gleichmäßig ergötzt worden. So stieg die Ausfuhr von Erzeugnissen der Land- und Forstwirtschaft usw. von 1216,0 auf 1385,5, von chemischen und pharmazeutischen Erzeugnissen von 692,2 auf 690,5, von tierischen und pflanzlichen Spinnstoffen und Waren daraus von 1194,7 auf 1335,0, von unedlen Metallen und Waren daraus von 1038,0 auf 1220,8, von Maschinen, elektrotechnischen Erzeugnissen, Fahrzeugen von 682,8 auf 819,0 Millionen Mk.

Staatliche Übernahme der Koffholzbearbeitung. In der Berammlung des deutschen Forstvereins (Ulm, September 1910) wurde der Vorschlag gemacht, die Verkaufspreise für Koffholz dadurch zu heben, daß eine größere Zahl neuer und fremder Konkurrenzwerke herangezogen würden. Um das zu erreichen, wurde als wesentliches Hilfsmittel hierfür empfohlen den Holzhandwerkern das Objekt möglichst als fertige Marktware zurecht zu machen, z. B. Gruben- und Papierhölzer fertig aufzuarbeiten, schälen usw., überhaupt dem Käufer die Sache so mundgerecht als möglich zu machen.

Erhöhung der Preise für Korkwaren. Die Vorgänge in Portugal wirken sehr auf die Korkholzpreise ein. Die

deutschen Korkfabrikanten sehen sich deshalb veranlaßt, eine Steigerung der Preise für Korkwaren vorzunehmen. Der Verband deutscher Korkindustrieller richtet in Nr. 2 1911 der Korkindustrie-Zeitung folgende Aufforderung an seine Mitglieder: „Korkholz wird teurer! Aus diesem Grunde empfehlen wir allen unseren Mitgliedern, in ihrem eigenen Interesse und im Interesse der Gesamtheit ihre Verkaufspreise für fertige Korkwaren zu erhöhen.“

Die Schwarzwälder Sägenindustrie lieferte in früheren Jahren einen beträchtlichen Teil ihrer Erzeugnisse nach der Schweiz. War doch die Schweiz mit ihrer lebhaften Bautätigkeit ein gutes Absatzgebiet. Der jetzt geltende Handelsvertrag mit der Schweiz hat nun aber dazu beigetragen, daß viele Geschäftsverbindungen der Schwarzwälder Sägenindustrie mit der Schweiz gelöst wurden.

Der Zollschuß der deutschen Sägewerkindustrie reicht nicht dazu aus, dem inländischen Unternehmer die Mehrkosten zu ersetzen, die er gegenüber dem benachbarten ausländischen aufzuwenden hat. Während die Koffholzeinfuhr ihre bestimmten natürlichen Grenzen hat, ist die Schnittmaterialienfuhr nahezu unbegrenzt erweiterungsfähig.

Für die Arbeiter der Sägewerkindustrie erscheint die Beschäftigung mit den Fragen des Holzzolles eine unbedingte Notwendigkeit. Mit einer Hebung der Absatzverhältnisse wird doch für sie eine weitere Möglichkeit der Verbesserung der Lebenshaltung gegeben.

Literarisches.

Gartenstädte und Eigenheimkolonien in Deutschland werden immer mehr nach englischen Mustern gebaut. Bekanntlich wohnen in England selbst die Arbeiter vielfach im eigenen Hause mit kleinem Gärtchen. Mietkasernen wie bei uns sind dort fast schon fast ganz abgetan, denn man kann dort ja für 3-4 Mk. jährlich ein Häuschen mit vier oder fünf Zimmern bewohnen. Das diese einzig richtige Art des Wohnens für Deutschland vorbildlich sein muß, steht fest, das wissen wir alle, nur haben wir in den hiesigen, viel zu hohen Grundstückspreisen schwer zu überwindende Schwierigkeiten.

Diese von dem deutschen Kaiser in England angekaufte Sammlung von Hausplänen enthält sowohl kleine Sommerhäuschen, Arbeiterwohnungen, Doppelwohnhäuser und Häusergruppen für bescheidenere Verhältnisse wie auch repräsentable Wohnsitze für verfeinerte Ansprüche. Was wir vor allem daraus lernen können, ist zweifelsfrei die Gestaltung des Grundrisses, Raumaussnutzung und -gestaltung, denn damit kann man Hunderte, oft Tausende an Baugeld sparen.

Adressenveränderungen.

Das neue Adressenverzeichnis erscheint im nächsten Monat. Zentralauskunft der Steinhauer: Hermann Jüstel, Köln Ehrenfeld, Körnerstraße 100.

Advertisement for a carpenter's workshop. Text: „Für ein feineres, bei eingetragener Geschäft der Holzwerkzeughersteller...“ Includes contact info for Georg Eisele, Holzhandwerker, El. Gasse (Schweiz), Dampfgasse 4.

Advertisement for a school. Text: „Fachschule für Handwerk und Industrie zu Düsseldorf.“ Lists courses for carpenters and cabinetmakers. Contact: Albert Böhler, Düsseldorf, 322b.

Advertisement for a school. Text: „Fachschule für Handwerk und Industrie zu Düsseldorf.“ Lists courses for cabinetmakers and joiners. Contact: Albert Böhler, Düsseldorf, 322b.